



28. Februar 2019 / Ausgabe 2

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

der Begriff der Industriepolitik galt lange Zeit im ökonomischen Mainstream als verstaubt und aus der Zeit gefallen. Der Staat sollte sich demzufolge aus wirtschaftspolitischen Fragen im industriellen Sektor möglichst heraushalten und sich auf die Schaffung von „geeigneten Rahmenbedingungen“ konzentrieren. Spätestens mit den im Anfang Februar vorgelegten „Strategischen Leitlinien für eine deutsche und europäische Industriepolitik“ gibt es wieder so etwas wie eine öffentliche Debatte um die Industriepolitik. Gut so! Auch wenn das Papier des Bundeswirtschaftsministers Altmaier noch lange keine konsistente Strategie darstellt, ist es notwendig angesichts wachsender Herausforderungen über eine kluge industriepolitische Steuerung nachzudenken. Dabei darf Industriepolitik nicht nur auf den globalen Standortwettbewerb reduziert werden, sondern muss sich insbesondere an gesellschaftlichen Herausforderungen und Bedarfen sowie dem Erhalt und der Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze orientieren. Lesen Sie in einem Interview mit Stefan Körzell wie er den Vorschlag aus dem BMWi bewertet.

Dass Ziele und Maßnahmen auseinanderklaffen können, zeigt sich besonders im Bereich der Mobilitätspolitik. So gilt es eigentlich als gesellschaftlicher Konsens den Güterverkehr künftig viel stärker auf die Schiene zu bringen, um Straßen und Umwelt zu entlasten. Doch mit einem Vorschlag zur Zulassung von Lang-LKWs aus dem Bundesverkehrsministerium wird dieses Ziel torpediert.

Ein weiteres Thema dieser Ausgabe ist die Gestaltung des Strukturwandels in den Kohlerevieren. Hierzu gab es auch eine Anhörung im Landtag NRW, bei der der DGB Mitte Februar eingeladen war.

Ich wünsche Ihnen und Euch eine interessante Lektüre.

Mit freundlichen Grüßen und Glückauf

Frederik Moch

"Industriepolitik muss sich am gesellschaftlichen Bedarf orientieren"



DGB/Simone M. Neumann

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hat seine Leitlinien für eine Industriestrategie vorgelegt. Damit wird die Industriepolitik wieder auf die Agenda der Bundesregierung gehoben. In unserem DGB-Interview spricht Vorstandsmitglied Stefan Körzell darüber, wie die Industrie auch in Zukunft unseren Wohlstand erhöhen und sicher kann.



[zum Beitrag](#)

Renaissance der Industriepolitik mutig angehen!



Colourbox

Eine starke Industrie, gute öffentliche und private Dienstleistungen, das Handwerk und eine hohe Tarifbindung - das sind die Stützen unserer Volkswirtschaft. Damit das so bleibt, brauchen wir mutige statt marktgläubige Politik, fordert der DGB-klartext.



[zum Beitrag](#)

Zukunftsfähige Mobilitätspolitik und die Zulassung überlanger Lkw



DGB/Karel Joseph Noppe Brooks/123RF.com

Die Bundesregierung hatte sich im Verkehrsbereich viel vorgenommen: ÖPNV und Schienenverkehr sollten gefördert werden. Das neue Vorhaben aus dem Verkehrsministerium zur Zulassung von sogenannten „Lang-Lkw“ weist aber genau ins Gegenteil.



[zum Beitrag](#)

Kohleausstieg: Wer einen sozial gerechten Strukturwandel will, muss investieren



Colourbox.de

DGB-Vorstand Stefan Körzell war Mitglied der Kohlekommission. Er lobt den vorgelegten Kompromiss für den Kohleausstieg und fordert Investitionen, um einen sozial gerechten Strukturwandel zu gestalten. Das Ziel seien neue hochwertige Beschäftigung und qualitatives Wachstum, schreibt er im "Vorwärts".



[zum Beitrag](#)

Warum sich die Gewerkschaften beim Klimaschutz engagieren



Colourbox.de

Um dem Klimawandel zu begegnen, ist eine schrittweise Abkehr von der Verbrennung fossiler Energieträger notwendig, so wie sie in internationalen Abkommen vereinbart wurde. Dieses Video vom Europäischen Gewerkschaftsbund erklärt, warum das Thema für Gewerkschaften wichtig ist, was die Herausforderungen sind und wie wir diese angehen können.



[zur Webseite](#)

Stellungnahme zur Anhörung "Rheinisches Revier" am 13.02.2019 im Landtag NRW

Im Sommer letzten Jahres hat die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ ihre Arbeit aufgenommen. Am Ende der Kommissionsarbeit liegt nun ein fast einstimmig beschlossener Abschlussbericht vor. Dieser stellt aus Sicht der Gewerkschaften einen soliden und akzeptablen Kompromiss dar. Die politischen Entscheidungsträger stehen nun in der Verantwortung dieses Gesamtpaket zügig und umfassend umzusetzen.



[Zur Stellungnahme](#)

Impressum

Herausgeber:

Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

Redaktion:

Frederik Moch, Abteilungsleiter Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik

Telefon: (030) 24060 – 726

Telefax: (030) 24060 – 677

Internet: www.dgb.de/sid

E-Mail: sid.bvv@dgb.de

Geschäftsführender Vorstand:

Stefan Körzell